

## Haushaltsrede 2016

### Der Schwarzwald-Baar-Kreis im Jahr 2016 – Ein Willkommen und seine Herausforderungen!

*Sven Hinterseh*

*Es gilt das gesprochene Wort!*

Einführung (Folie Nr. 1)

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich kann Ihnen heute meinen vierten Haushaltsplanentwurf vorlegen – den Haushaltsentwurf für das Jahr 2016 – und ich möchte diesen unter die Überschrift stellen (Folie Nr. 2): „Ein Willkommen und seine Herausforderungen!“

Der Schwarzwald-Baar-Kreis hat sich in seinen vier Jahrzehnten seines Bestehens ständig neuen Prüfungen stellen müssen: Jede Zeit hat eben ihre ganz spezifischen Herausforderungen!

Erinnern wir uns welch enormer Wandel sich in diesen über 40 Jahren vollzogen hat:

(Folie Nr. 3) Eine Hauptaufgabe der ersten Stunden war neben dem Straßenbau und dem Sozialbereich das Schulwesen – und hier der berufliche Schulbereich und die Sonderschulen. Man hatte wachsende Schülerzahlen; zu wenige, zu kleine und nicht zeitgemäße Klassenräume. Die Aufgaben waren riesig und alleine im Schulbereich hat der Landkreis seit Bestehen weit über 100 Millionen Euro investiert. (Folie Nr. 4) Die Abfallwirtschaft musste neu organisiert, ein Öffentlicher Nahverkehr aufgebaut – die Stichworte hierzu sind unser Ringzug und unser Verkehrsverbund VSB – und das Krankenhauswesen erneuert werden – denken wir nur etwa an unseren Neubau mit einem Volumen von 281 Millionen Euro. Verwaltungsgebäude wurden gebaut – nicht zuletzt auch dieses wunderschöne Landratsamt – und vieles mehr wurde in den vergangenen 42 Jahren erreicht.

Wir alle können uns wirklich glücklich schätzen, dass hier im Schwarzwald-Baar-Kreis sich die jeweiligen Verantwortungsträger immer konsequent den Herausforderungen ihrer Zeit gestellt und auch entsprechend gehandelt haben.

Heute leben wir in einer globalisierten Welt, die sich immer rascher neu definiert und das Veränderungstempo stets zunimmt.

Gerade auch wir hier in der Kommunalpolitik und in der Verwaltung sind dabei erheblich gefordert, um etwa Rahmenbedingungen anzupassen, neue Elemente zu entwickeln und insgesamt unseren Bürgerinnen und Bürgern gute Lebens- und Arbeitsbedingungen zu ermöglichen. Nur so gibt es ausreichende Entwicklungsperspektiven für uns im Schwarzwald-Baar-Kreis!

Als ich im Jahr 2012 meinen Dienst hier im Landratsamt antreten konnte, standen viele wichtige Punkte auf der Tagesordnung, die wir gemeinsam – Kreistag und Verwaltung – angepackt haben: manches ist bereits umgesetzt, einiges auf den Weg gebracht und wieder anderes werden wir noch in Angriff nehmen.

Doch ein ganz großes Thema beschäftigt uns in diesen Monaten in einer Intensität, die ich so noch vor kurzer Zeit für nicht möglich gehalten hätte und das bei meinem Amtsantritt überhaupt keine Bedeutung hatte.

(Folie Nr. 5) Doch erinnern wir uns kurz an die 1980er und 1990er Jahre, um daraus Kraft und Zuversicht für die Gegenwart zu schöpfen: wir hatten damals eine dreifache Herausforderung bei den Wanderungsbewegungen nach und auch innerhalb Deutschlands zu bestehen. 1988 überstieg die Kurve der Asylgesuche in Deutschland die Marke von 100.000. Sie kletterte dann im Folgejahr auf ca. 120.000, erreichte im vereinigten Deutschland 1990 ca. 190.000, 1991 sogar fast 260.000 und 1992 schließlich fast 440.000. Die Aussiedlerzahlen waren bereits 1987 erheblich angestiegen und übersprangen 1988 knapp die 200.000, 1989 bereits 377.000 und 1990 schließlich fast 400.000. Hinzu – und das vergisst mancher heute – kam in Westdeutschland die nunmehr legale Zuwanderung aus der in der Agonie liegenden DDR: 1989 kamen fast 390.000 und 1990 rund 395.000 Menschen. Die Zahlen sanken im Folgejahr 1991 nur auf knapp 250.000, dann auf knapp 200.000 im Jahr 1992 und auf rund 172.000 im Jahr 1993, um sich schließlich 1994 bis 1997 zwischen 160.000 und 170.000 jährlich zu stabilisieren.

(Folie Nr. 6) Natürlich hatten diese kumulierten Wanderungsbewegungen auch erhebliche Auswirkungen auf den Schwarzwald-Baar-Kreis und seine Städte und Gemeinden. Auch wir mussten lernen, mit diesem großen Zuzug von Aus- und Übersiedlern sowie Asylbewerbern umzugehen. Waren es im Jahr 1987 noch 374 Aussiedler, die den Weg in den Schwarzwald-Baar-Kreis fanden, stieg ihre Zahl 1989 bereits auf 1.063 und 1989 auf 3.010. Zusammen mit 1.260 Übersiedlern aus der damaligen DDR und so um die 1.000 Asylbewerbern in unseren Städten und Gemeinden fanden demnach 1989/1990 insgesamt über 5.000 Menschen im Schwarzwald-Baar-Kreis eine erste Bleibe.

Damals hatte der Landesgesetzgeber die Zuständigkeiten für die Aussiedler auf die Stadt- und Landkreise übertragen. Am Ende des Jahres 1989 waren im Schwarzwald-Baar-Kreis insgesamt 2.650 Personen vorläufig in Übergangwohnheimen, Hotels, Pensionen, Schullandheimen und Notunterkünften untergebracht. In den ersten vier Monaten des Jahres 1990 kamen weitere 800 Personen hinzu. Die Probleme von

damals haben wir auch heute: Sprach- und Integrationskurse, Sozialbetreuung, Beschulung von schulpflichtigen Kindern und vieles mehr. Im Mai 1990 bestanden im Schwarzwald-Baar-Kreis bereits 19 Förderklassen, die von 450 Aussiedlerkindern besucht wurden. Allein in Villingen-Schwenningen hatte man damals 2.000 Wohnungssuchende gezählt. Bis die nach den umfangreichen Wohnungsbauprogrammen des Bundes und des Landes zusätzlichen Wohnungen gebaut waren, verging einige Zeit, in der die Familien oft auf engstem Raum wohnten. Aufgrund dieser äußerst schwierigen Wohnraumsituation hat der damalige Kreistag für 1990 und 1991 sogar kreiseigene Mittel im Umfang von 1 Million DM zur Förderung des Mietwohnungsbaus bereitgestellt.

(Folie Nr. 7) Meine Damen und Herren, Sie können daran erkennen, dass damals – vor 25 Jahren – die Herausforderungen ebenso groß waren und sie nur deswegen bestanden werden konnten, da neben der Gewährung von materiellen Hilfen auch die Mitbürgerinnen und Mitbürger bereit waren, die neu hinzugezogenen Menschen in ihrer Mitte aufzunehmen und ihnen so eine Chance auf gelingende Integration zu geben. Und wenn wir uns heute in der Verwaltung im Landratsamt umschaun, dann haben wir einige Kolleginnen und Kollegen unter uns, die damals als Kind, als Jugendliche, den Weg in den Schwarzwald-Baar-Kreis fanden und jetzt hier im Landratsamt ihrer Arbeit nachgehen.

Ich habe diesen kurzen Ausflug in unsere gemeinsame Geschichte aber auch deswegen gewagt, da ich die enorme Leistung von damals uns allen in Erinnerung rufen möchte, denn dies lässt uns unsere heutigen Aufgaben vielleicht doch gemeinsam etwas leichter annehmen.

Ab Mitte der 1990er Jahre gingen die Zugangszahlen sehr stark zurück – ich erinnere an den großen Asylkompromiss und die Grundgesetzänderung im Jahr 1993. Das Thema verlor immer mehr an Bedeutung und auch wir im Schwarzwald-Baar-Kreis konnten eine Gemeinschaftsunterkunft nach der anderen aufgeben.

Erstmals vernahmen wir in der Verwaltung vor ziemlich genau drei Jahren wieder eine gewisse Steigerung – zwar auf niedrigem Niveau in absoluten Zahlen, aber doch prozentual spürbar. Mit Schreiben vom 12. November 2012 habe ich mich erstmals mit der Thematik „Unterbringung von Flüchtlingen“ an die Herren Oberbürgermeister und Bürgermeister mit der Bitte um Unterstützung gewandt. Bis dahin kamen wir mit unseren beiden Gemeinschaftsunterkünften in Villingen und in St. Georgen mit insgesamt 231 Plätzen sehr gut aus. Das Land hatte uns damals aber mitgeteilt, dass wir zukünftig mit einer monatlichen Zuteilung von 25 Flüchtlingen rechnen müssen. Vor diesem Hintergrund sahen wir uns gezwungen, eine neue Gemeinschaftsunterkunft zu eröffnen, was in Maria Tann schließlich auch gelang.

(Folie Nr. 8) Heute – ziemlich genau drei Jahre nach diesem Schreiben – sprechen die nackten Zahlen eine andere Sprache. Kamen im Jahr 2012 noch 77.651 Flüchtlinge nach Deutschland, so waren es 2013 bereits 127.023 und 2014 dann

202.834. Für 2015 werden unterschiedliche Zahlen genannt: offiziell steht noch die Zahl 800.000 im Raum, viele gehen aber für dieses Jahr bereits von bis zu 1,5 Millionen Flüchtlingen aus, die nach Deutschland kommen werden. Nach dem sogenannten Königsteiner Schlüssel muss Baden-Württemberg knapp 13 Prozent davon aufnehmen und dann der Schwarzwald-Baar-Kreis davon wieder 2,11 Prozent. Würde es bei diesen Zahlen bleiben, dann müssten wir monatlich zwischen 300 und 400 Flüchtlinge im Landkreis aufnehmen.

(Folie Nr. 9) Die Zahlen sind Ihnen bekannt: Im Schwarzwald-Baar-Kreis werden schon in Kürze bis Ende dieses Jahres in den drei Bedarfsorientierten Einrichtungen – sogenannte BEAs, die vom Land Baden-Württemberg betrieben werden – in Villingen (bis zu 1.200 Plätze), in Donaueschingen (bis zu 2.200 Plätze) und in Schwenningen (bis zu 1.000 Plätze) insgesamt 4.400 Flüchtlinge untergebracht sein. Hinzu kommen die Flüchtlinge, die in der zweiten Stufe dann in der eigenen Verantwortung des Landratsamtes in unseren Gemeinschaftsunterkünften untergebracht sind (das sind derzeit so um die 1.060 Flüchtlinge). Schließlich muss man bei dieser Betrachtung noch die rund 1.000 Flüchtlinge nennen, die im Rahmen der Anschlussunterbringung bereits in unseren Städten und Gemeinden wohnen.

Mit Hochdruck arbeiten wir am Aufbau weiterer Unterbringungskapazitäten. Bis in zwei, drei Monaten hoffen wir, dass wir bis zu 800 weitere Plätze in Gemeinschaftsunterkünften schaffen können. Wir gehen davon aus, dass wir dann nochmals 1.000 zusätzliche Plätze benötigen werden, um den Zugang im Jahr 2016 decken zu können.

Meine Damen und Herren, Sie sehen an diesen wenigen Zahlen, dass uns dieses Thema in der Verwaltung voll fordert, uns fast keine Verschnaufpause gönnt und wir uns wirklich redlich Mühen, um die Situation zu meistern.

(Folie Nr. 10) Aber auch andere Themen wollen wir im kommenden Jahr weiter vorantreiben. Wie jedes Jahr legen wir großen Wert auf den Erhalt und Ausbau einer wettbewerbsfähigen Infrastruktur in allen Bereichen, sei es Bildung, Soziales, Straßen oder Schiene, ebenso wie etwa auch der weitere Ausbau unserer kreisweiten Breitbandinfrastruktur. Bereits am kommenden Freitag werden wir mit der Vergabe des Netzbetriebs in der Zweckverbandsversammlung hier einen entscheidenden Schritt weiter sein.

Eine gute Bildungsinfrastruktur zeichnet unseren Landkreis aus und hat bei uns eine große Tradition. Wir wollen den bestmöglichen Bildungserfolg für alle Kinder und Jugendlichen. Natürlich werden wir diesen Weg auch weiter gehen, aber ich bin auch dankbar, dass wir in den vergangenen Jahren eine ganz große Wegstrecke bereits zurücklegen konnten.

Ich möchte nun den Blick konkret nach vorne richten und Ihnen jetzt den Haushaltsentwurf der Verwaltung für das Jahr 2016 vorstellen. Dieser stellt zugleich unser Arbeitsprogramm für das kommende Jahr dar.

#### Gesamtwirtschaftliche Lage/Haushalt 2016 (Folie Nr. 11)

Die Finanzwirtschaft unseres Landkreises ist eng in die gesamtwirtschaftliche Lage Deutschlands und Baden-Württembergs eingebettet. Trotz der instabilen und uneinheitlichen Lage der Weltwirtschaft befindet sich die deutsche Konjunktur nach Einschätzung der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute in einem verhaltenen Aufschwung. In ihrem Herbstgutachten erwarten sie sowohl für das laufende Jahr, als auch für 2016 ein Wachstum von jeweils 1,8 Prozent. Der Anstieg des Bruttoinlandprodukts werde vor allem durch den privaten Konsum getragen. Dieser wiederum werde durch die hohe Beschäftigung, die steigenden Reallöhne sowie den Kaufkraftgewinn aufgrund des gesunkenen Rohölpreises positiv beeinflusst. Als wesentliches Risiko für die Wirtschaft bezeichnen die Institute die Lage in China. Dort habe sich das Expansionstempo deutlich abgeschwächt und die weitere Entwicklung sei insgesamt schwer abzuschätzen.

(Folie Nr. 12) Im September lag die Arbeitslosenquote im Schwarzwald-Baar-Kreis bei 3,6 Prozent – das sind 4.084 Arbeitslose, davon 1.762 im Rechtskreis SGB III (der Arbeitslosenversicherung) und 2.322 im Rechtskreis SGB II (das ist die Grundsicherung für Arbeitssuchende) – bundesweit lag die Quote bei 6,2 Prozent, im Land hatten wir einen Wert von 3,8 Prozent.

(Folie Nr. 13) Die Gemeinschaftssteuern – also der Anteil an der Einkommen-, Körperschaft- und Umsatzsteuer sowie der Gewerbesteuerumlage –, an denen die Kommunen über den Finanzausgleich partizipieren, sind bis September 2015 landesweit um 1,6 Prozent gestiegen. Unterschiedliche Signale gibt es in 2015 bei den Gewerbesteuereinnahmen der Städte und Gemeinden. Daher kann heute noch nicht abgesehen werden, welche Rahmenbedingungen sich für die Kreisfinanzen im Jahr 2017 ergeben – denn dort ist ja dann das Jahr 2015 Basis.

Meine Damen und Herren, wo stehen wir aktuell im Schwarzwald-Baar-Kreis?

(Folie Nr. 14) Im Jahr 2014 konnten Verbesserungen im Haushaltsverlauf dazu genutzt werden, das aus der Unterhaltung der Bundes- und Landesstraßen noch vorhandene Defizit vollständig auszugleichen. Zudem wurde die Verschuldung des Landkreises um knapp 1,7 Millionen Euro reduziert.

(Folie Nr. 15) Trotz erheblicher Aufwendungen im Flüchtlings- und im Sozial- sowie im Jugendhilfebereich kann die Schuldenlast auch im laufenden Haushaltsjahr 2015 auf voraussichtlich unter 29 Millionen Euro weiter abgesenkt werden. Daneben war es uns in diesem Jahr möglich, wieder wichtige Investitionen in die Infrastruktur des Landkreises vorzunehmen. Denken Sie nur an die Inbetriebnahme unserer neuen

Straßenmeisterei in Hüfingen und an unsere 5 Millionen Euro, die wir in unseren Kreisbackbone beim Glasfaserausbau des Zweckverbandes Breitbandversorgung Schwarzwald-Baar investieren.

#### Rahmenbedingungen für den Haushalt 2016

Welche Rahmenbedingungen (Folie Nr. 16) ergeben sich nun konkret für den Kreishaushalt im kommenden Jahr?

Die Steuerkraftsumme der Gemeinden als Spiegelbild der wirtschaftlichen Entwicklung hat sich im für unseren Haushalt 2016 maßgeblichen Jahr 2014 nochmals um 4,6 Prozent auf nunmehr über 258 Millionen Euro erhöht. Dies hat natürlich positive Auswirkungen auf die Einnahmen aus der Kreisumlage. Man darf aber nicht verkennen, dass der landesdurchschnittliche Zuwachs bei den Steuerkraftsummen 5,4 Prozent beträgt, unsere Städte und Gemeinden also im Wachstum und der Dynamik des Steueraufwuchses leider etwas hinter dem Landesschnitt stehen. Im Rahmen des Soziallastenausgleichs kann der Landkreis in 2016 mit zusätzlichen Einnahmen von 1,7 Millionen Euro rechnen. Auch bei den Schlüsselzuweisungen ergibt sich im Haushaltsjahr 2016 eine spürbare Verbesserung von 800.000 Euro.

(Folie Nr. 17) Der sehr starke Zugang von Flüchtlingen führt im Kreishaushalt zu einer ganz erheblichen Aufstockung des Finanzbedarfs. Bedeutende Kostensteigerungen von mehr als 11,2 Millionen Euro sind bei den Hilfeleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und bei den Unterbringungskosten festzustellen. Bei der Grundsicherung für Arbeitssuchende erhöht sich der vom Landkreis zu finanzierende Nettoaufwand um rund 1,7 Millionen Euro. Die Versorgung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge (UMFs), die bei den Leistungsausgaben zu einem Anstieg von knapp 6,7 Millionen Euro führt, gestaltet sich im Wesentlichen kostenneutral, da wir diese erstattet bekommen.

Um die zusätzlichen, an die Bewältigung der Flüchtlingskrise gekoppelten Aufgabenstellungen innerhalb der Verwaltung erfüllen zu können, müssen im Jahr 2016 mehr als 50 neue Stellen alleine für diesen Bereich geschaffen werden. In der Hauptsache sind diese auch für den Anstieg der Personalaufwendungen in Höhe von 5,5 Millionen Euro verantwortlich.

Teilweise deutliche Kostensteigerungen verzeichnen wir auch in den übrigen Bereichen der Sozialen Sicherung – insbesondere bei der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen.

#### Maßnahmen und Eckpunkte (Folie Nr. 18)

Folgende Maßnahmen und Eckpunkte haben wir im Haushalt 2016 vorgemerkt:

In den Aufbau des Kreisbackbones als Grundlage für die ebenfalls zu realisierenden Ortsnetze investieren wir eine zweite Tranche von 3 Millionen Euro. Wenn es weiterhin so gut mit dem Ausbau läuft, dann werden wir Ende 2017 mit großen Teilen fertig sein und den Kreisbackbone im Jahr 2018 abschließen können. Für die Erhaltung unserer Kreisstraßen und unserer Brückenbauwerke wollen wir einen Betrag von 2,2 Millionen Euro aufwenden.

Die Elektrifizierung der östlichen Höllentalbahn zwischen Neustadt und Donaueschingen erfordert eine weitere Baukostenrate von knapp 1,5 Millionen Euro.

(Folie Nr. 19) Sie wissen, dass wir gemeinsam mit dem DRK beim Luftrettungszentrum am Schwarzwald-Baar Klinikum eine neue Integrierte Leitstelle errichten. Hierfür haben wir in den Haushalt eine dritte Baukostenrate von 275.000 Euro aufgenommen. Zur Anbindung der Leitstelle an die Rückfallebene im Kreishaus werden 100.000 Euro zur Verfügung gestellt.

Zusammen mit dem Landkreis Tuttlingen bauen wir eine gemeinsame Atemschutzübungsanlage für unsere Feuerwehren – in 2016 ist eine zweite Tranche von 350.000 Euro vorgesehen. Insgesamt gehen wir nach wie vor von einem Kostenanteil des Schwarzwald-Baar-Kreises von 1 Million Euro aus.

Die Qualität unserer Beruflichen Schulen ist ein wichtiger Standortfaktor auch für unsere Wirtschaft. Sie bringt ständige Investitions- und Sanierungsaufwendungen mit sich. 2016 sind dies vor allem die Fortsetzung der Innensanierung an der Gewerbeschule in Villingen-Schwenningen, die erforderlichen Brandschutzmaßnahmen an der Gewerbeschule Donaueschingen sowie den Kaufmännischen und Hauswirtschaftlichen Schulen Donaueschingen sowie die Fassadensanierung an der Landesberufsschule. An der Gewerbeschule Villingen-Schwenningen und dem Technischen Gymnasium in Schwenningen soll ferner der Einstieg der Kreisschulen in das Thema Industrie 4.0 erfolgen.

Meine Damen und Herren, die wirtschaftliche Entwicklung in den vergangenen Jahren hat es uns ermöglicht, dass wir im Landkreis ganz konsequent unsere Schulden reduziert haben. Diesen Weg müssen wir auch in Zukunft weiter beschreiten, eine auskömmliche Finanzierung des Kreishaushalts ist daher unausweichlich, wenn wir nicht wieder in die Verschuldung gehen wollen.

(Folie Nr. 20) Wir schlagen Ihnen daher vor, den Kreisumlagehebesatz von derzeit 32,3 Prozent beizubehalten. In Zahlen bedeutet dies ein Kreisumlageaufkommen von knapp 83,5 Millionen Euro.

Im Landesdurchschnitt liegt der Kreisumlagehebesatz 2015 aktuell bei 32,14 Prozent. Erstmals seit vielen Jahren liegt der Schwarzwald-Baar-Kreis damit nicht unter dem

baden-württembergischen Durchschnitt (Folie Nr. 21). Für unseren Landkreis schlägt sich dies durchaus positiv nieder, da uns bei den Schlüsselzuweisungen nicht die Einnahmen mit dem tatsächlichen, sondern dem landesdurchschnittlichen Kreisumlagesatz angerechnet werden. Beim Landkreis bleiben in 2016 413.000 Euro unberücksichtigt und führen damit zu einer Entlastung. Für 2016 zeichnet sich jedoch bereits ab, dass der Hebesatz landesweit wohl wieder ansteigen wird.

Bevor ich nun zu den wichtigsten Aufgaben und Ausgabearten im Haushaltsentwurf komme, möchte ich Ihnen darstellen, wie wir diese finanzieren können und über welche Volumina wir sprechen.

#### Haushaltsvolumen (Folie Nr. 22)

Das Volumen des Verwaltungshaushaltes steigt gegenüber dem Vorjahr um 32,6 Millionen Euro oder knapp 13 Prozent auf beinahe 284 Millionen Euro. Zurückzuführen ist dies im Wesentlichen auf den starken Zugang an Flüchtlingen und somit vor allem auf die um 19,4 Millionen Euro höher ausfallenden Leistungen der sozialen Sicherung, den um 5,5 Millionen Euro gestiegenen Personalaufwand sowie einen Mehrbedarf von 4,3 Mio. Euro für die Unterhaltung und den Betrieb von Gemeinschaftsunterkünften für die Asylbewerber.

Das Volumen des Vermögenshaushalts nimmt gegenüber 2015 um rund 300.000 Euro zu und beträgt dann 24,6 Millionen Euro. Eine wesentliche Größe hierin ist die Investitionsumlage an den Zweckverband Breitbandversorgung Schwarzwald-Baar.

#### Nettoinvestitionsrate (Folie Nr. 23)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Investitionsrate und die Nettoinvestitionsrate werden allgemein als Gradmesser für die Finanzkraft eines Haushalts bezeichnet. Im Haushaltsjahr 2016 ergibt sich nach Abzug der regulären Darlehenstilgung eine Nettoinvestitionsrate von rund 12,5 Millionen Euro. Damit wird der Landkreis in die Lage versetzt, eine Nettoneuverschuldung in 2016 trotz zahlreicher, notwendiger Investitionen zu vermeiden. Die Folie Nr. 24 zeigt die Entwicklung der Investitions- bzw. Nettoinvestitionsrate im Zehnjahreszeitraum. Dank der wieder auf eine nennenswerte Höhe gestiegenen Zuführungen an den Vermögenshaushalt konnten in diesem Zeitraum zahlreiche notwendige Investitionen in die Infrastruktur des Landkreises getätigt, die Verschuldung von 49 auf unter 30 Millionen Euro zurückgeführt und darüber hinaus ein Gesellschafterzuschuss von 20 Millionen Euro zur Mitfinanzierung des Klinikneubaus geleistet werden. Auch darf ich daran erinnern, dass wir im Jahr 2015 5 Millionen Euro Investitionsumlage an den Zweckverband Breitbandversorgung Schwarzwald-Baar geleistet haben. Die Investitionsrate 2016 entspricht nahezu dem Vorjahresniveau.

(Folie Nr. 25) Im Haushaltsplan 2016 ist eine Kreditaufnahme von 2,27 Millionen Euro vorgesehen. Die ordentlichen Darlehenstilgungen bewegen sich dagegen in



einer Größenordnung von 2,58 Millionen Euro. Um das Tilgungsniveau der Vorjahre zu erreichen, ist daneben eine Sondertilgung von 600.000 Euro vorgesehen. Die Verschuldung wird 2016 also trotz eines erneut hohen Investitionsvolumens um mehr als 900.000 Euro abnehmen können.

(Folie Nr. 26) Zum Ende des Haushaltsjahres 2016 wird die voraussichtliche Verschuldung des Landkreises bei rund 29 Millionen Euro liegen und sich so darstellen, dass wir 26 Millionen Euro sogenannte „nicht belastende“ und rund 3,6 Millionen Euro „belastende“ Schulden haben werden – diese „belastenden“ Schulden konnten seit dem Jahr 2006 übrigens um fast 90 Prozent reduziert werden. Umgerechnet ergibt sich so auf Ende 2016 eine Pro-Kopf-Verschuldung von 144 Euro – damit liegen wir nun deutlich unter dem Landesdurchschnitt von 186 Euro.

Meine Damen und Herren, Sie wissen, dass sich der Schwarzwald-Baar-Kreis einer sparsamen und wirtschaftlichen Finanzpolitik verschrieben hat. Auch der Haushalt 2016 stellt sich in diese Tradition.

#### Allgemeine Verwaltung

##### Personalausgaben (Folie Nr. 27)

Gerade im Bereich der Personalverwaltung wurde uns von Dritten immer wieder bescheinigt, dass wir eine äußerst sparsame und restriktive Personalpolitik betreiben. Die aktuellste Bestätigung stammt aus dem Ergebnis einer im Jahr 2014 durchgeführten überörtlichen Prüfung durch die Gemeindeprüfungsanstalt.

An dieser Grundhaltung ändert sich auch im Jahr 2016 nichts, obwohl die Personalausgaben um 5,5 Millionen Euro oder 13,57 Prozent deutlich zunehmen. Dieser in dieser Form noch nie dagewesene Anstieg ist vor allem der dramatischen Entwicklung im Flüchtlingsbereich geschuldet: Die zusätzlichen, an die Verwaltung gestellten Anforderungen machen alleine 53,35 Mehrstellen mit einem Ausgabevolumen von 2,77 Millionen Euro erforderlich.

In einigen Teilbereichen stehen den Mehraufwendungen höhere Kostenerstattungen gegenüber, lassen sie mich hier exemplarisch den Asylbereich nennen. Stellt man diese Erstattungen den Mehrkosten gegenüber, so haben wir natürlich einen geringeren Anstieg. Die Berechnung der Personalkosten ist im Detail aus der Folie Nr. 27 ersichtlich.

##### Sach- und Betriebsaufwand (Folie Nr. 28)

Beim Sach- und Betriebsaufwand – Hauptgruppen 50 bis 66 – erhöht sich unser Gesamtansatz gegenüber dem Vorjahr um 5,37 Millionen Euro oder knapp 13,5 Prozent. Allein für die Schaffung zusätzlicher Kapazitäten bei der Unterbringung von Asylbewerbern und den Betrieb der Unterkünfte werden zusätzliche Mittel von 4,3

Millionen Euro erwartet. Ein weiterer wesentlicher Punkt ist der Ausgabenanstieg bei der Schülerbeförderung infolge steigender Beförderungsleistungen – dies liegt nicht zuletzt auch am Wandel unserer Schullandschaft.

#### Soziale Sicherung (Folie Nr. 29)

Wie jedes Jahr stellt der Aufwand für die Soziale Sicherung den größten Ausgabenblock in unserem Verwaltungshaushalt dar – im Haushaltsjahr 2016 sind das knapp 53 Prozent. Der Grafik auf der Folie Nr. 29 können Sie die Ausgabenentwicklung im Vergleich zur wirtschaftlichen Entwicklung entnehmen.

(Folie Nr. 30) Insgesamt nimmt der Nettoaufwand für die Soziale Sicherung um 3,8 Millionen Euro oder 4,6 Prozent auf 87 Millionen Euro zu.

#### Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (Folie Nr. 31)

In 2016 rechnen wir bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung mit weiterhin zunehmenden Fallzahlen. Der einkalkulierte Anstieg von bis zu 10 Prozent und eine Regelsatzerhöhung ziehen einen Nettomehraufwand von 1,3 Millionen Euro nach sich. Glücklicherweise wird der ungedeckte Aufwand, der sich zwischenzeitlich auf 12,3 Millionen Euro beläuft, seit dem Jahr 2014 vollständig vom Bund übernommen. Sie wissen aber, dass die Personalkosten nach wie vor vom Landkreis zu tragen sind.

#### Eingliederungshilfe für behinderte Menschen (Folie Nr. 32)

Bei der Eingliederungshilfe für Behinderte als größtem Kostenblock innerhalb der Sozialen Sicherung haben wir im Haushaltsplan 2016 einen Nettoaufwand von 28,7 Millionen Euro ausgewiesen. Gegenüber 2015 bedeutet dies eine Steigerung um knapp 1,9 Millionen Euro. Für 2016 gehen die aktuellen Prognosen bei den ambulanten Hilfen von weiteren Fallzahlensteigerungen um bis zu 10 Prozent aus. Im Bereich der stationären Hilfen wird bei den Vergütungssätzen eine Zunahme von 3 Prozent erwartet.

Die Träger der Eingliederungshilfe sollen vom Bund bekanntlich in zwei Stufen entlastet werden. Die erste Stufe, die 1 Milliarde Euro jährlich umfassende Stärkung der Kommunalfinanzen, ist zum 1. Januar 2015 in Kraft getreten und wird im Rahmen der neuerlichen Investitionsinitiative des Bundes für das Jahr 2017 um weitere 1,5 Milliarden Euro aufgestockt. Für die zweite Stufe sieht der Koalitionsvertrag ab 2018 eine Entlastung der Kommunen im Umfang von 5 Milliarden Euro jährlich vor, die zeitlich im Rahmen der Reform der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen – mit dem neuen Bundesteilhabegesetz – erfolgen soll.

Hinsichtlich der sogenannten „Vorab-Milliarde“ habe ich bereits im vergangenen Jahr darauf hingewiesen, dass der Landkreis „nur“ einen Betrag von 530.000 Euro erhält, während an unsere Städte und Gemeinden im Landkreis rund 1,2 Millionen Euro an zusätzlichen Umsatzsteueranteilen fließen.

Im Jahr 2017 beabsichtigt der Bund, den Kommunen weitere 1,5 Milliarden Euro zur Verfügung zu stellen, um ihnen so Spielräume für zusätzliche Investitionen zu eröffnen. Die Zusatzentlastung knüpft an die bereits bei der Gewährung der Vorab-Milliarde zum Zuge kommenden Kriterien an. Die Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft wird um 500 Millionen Euro (also ein Drittel) angehoben, der kommunale Umsatzsteueranteil um 1 Milliarde Euro (also zwei Drittel) aufgestockt. Bei einem unveränderten Verteilungsschlüssel könnte der Landkreis in 2017 mit weiteren Zuweisungen von 530.000 Euro rechnen, an die Städte und Gemeinden im Schwarzwald-Baar-Kreis würden sogar 2,4 Millionen Euro fließen. Dies würde im Übrigen fast einem Prozentpunkt Kreisumlage entsprechen – ich denke, dass dies vor allem eine wichtige Information für die Herren Oberbürgermeister und Bürgermeister sowie die Damen und Herren Gemeinderäte ist.

#### Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz

(Folie Nr. 33) Meine Damen und Herren, der Zustrom an Flüchtlingen erfordert weiterhin sehr große finanzielle und personelle Anstrengungen. In 2016 gehen wir von 2.100 weiteren aufzunehmenden Personen aus. (Folie Nr. 34) Der zusätzliche Ausgabenbedarf beläuft sich dadurch auf 21,8 Millionen Euro. Mit einem Zeitverzug von 6 Monaten erhalten wir vom Land dafür eine einmalige Kostenpauschale, die sich in 2016 auf 13.972 Euro je zugewiesenem Asylbewerber belaufen wird.

Mit dem Land konnte Mitte Oktober eine Einigung hinsichtlich der Erstattung von Flüchtlingsausgaben erzielt werden. Die bisherigen Pauschalen bleiben zwar bestehen, werden aber als Abschlagszahlungen betrachtet. Beginnend in 2016 können die Stadt- und Landkreise entstandene höhere Kosten des Vorjahres mit dem Land „spitz“ abrechnen. Das ist für uns ein großer Erfolg und entlastet uns auch. Allerdings betrifft dies „nur“ die Bereiche, die bisher schon von der Pauschale umfasst waren.

#### Grundsicherung für Arbeitssuchende – Hartz IV (Folie Nr. 35)

Im Bereich der Grundsicherung für Arbeitssuchende hat die Zahl der Bedarfsgemeinschaften trotz guter Vermittlungserfolge in den vergangenen Monaten kontinuierlich zugenommen. Im bisherigen Jahresdurchschnitt verzeichnet die Statistik 3.992 Bedarfsgemeinschaften. Zum Jahresende ist aufgrund des starken Zustroms leistungsberechtigter Flüchtlinge aus Syrien bereits von einem Wert von 4.064 Bedarfsgemeinschaften auszugehen. Für 2016 prognostiziert das Jobcenter eine weitere Zunahme um fast 11 Prozent.

Bei den Leistungen für Unterkunft und Heizung rechnen wir im laufenden Jahr 2015 mit einem Aufwand von 15,9 Millionen Euro, der sich in 2016 aufgrund des zu erwartenden Fallzahlenanstiegs, höherer Regelsätze sowie gestiegener Miet- und Energiekosten auf knapp 18,1 Millionen Euro erhöht. Von diesem Betrag übernimmt der Bund 39,7 Prozent der Kosten. Für einmalige Leistungen und Darlehen werden zusätzliche Mittel von 290.000 Euro benötigt, so dass die Nettobelastung des Landkreises gegenüber 2015 um beinahe 1,7 Millionen Euro zunimmt.

#### Jugendhilfe (Folie Nr. 36)

Neben den zu erwartenden Entgeltsteigerungen rechnen wir bei der Jugendhilfe in Teilbereichen mit einem Fallzahlenanstieg. Vor allem bei der Förderung der Erziehung in der Familie, der Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche sowie den Inobhutnahmen gehen wir aufgrund zuletzt deutlich gestiegener Fallzahlen von überdurchschnittlichen Kostensteigerungen aus. Der Nettoaufwand für die Jugendhilfe erhöht sich in 2016 um etwa 670.000 Euro auf insgesamt 17 Millionen Euro. Die Gründe für die Kostensteigerungen sind weitgehend gesamtgesellschaftlicher Natur, die das Jugendamt alleine nicht wesentlich beeinflussen kann. Ich kann Ihnen aber versichern, dass wir unser Möglichstes tun, um der Entwicklung entgegen zu wirken.

Im Zusammenhang mit dem Flüchtlingszuzug hat auch die Zahl der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen erheblich zugenommen. Für 2016 gehen Prognosen davon aus, dass im Schwarzwald-Baar-Kreis bis zu 170 Jugendliche aufgenommen und versorgt werden müssen. Die dadurch entstehenden Jugendhilfeaufwendungen von knapp 6,7 Millionen Euro werden dem Landkreis vollständig erstattet, die entstehenden Verwaltungskosten müssen von uns allerdings selbst getragen werden.

#### Kosten der Sozialen Sicherung (Folie Nr. 37)

Aus dieser Grafik auf der Folie Nr. 37 ist die Ausgabenentwicklung der Sozialen Sicherung im Vergleich zur Einnahmeentwicklung der Kreisumlage ersichtlich. Obwohl das Kreisumlageaufkommen im Haushaltsjahr 2016 nach den Vorstellungen der Verwaltung um absolut knapp 3,7 Millionen Euro steigt, reicht dieses nicht aus, um den Nettoaufwand für die Soziale Sicherung zu decken. Das Defizit zwischen der Kreisumlage und dem Nettoaufwand für die Soziale Sicherung steigt gegenüber dem Vorjahr weiter von 3,3 auf 3,5 Millionen Euro an.

Der Schwarzwald-Baar-Kreis wies im Jahr 2015 mit 388 Euro je Einwohner im Vergleich zu den anderen Landkreisen in Baden-Württemberg – die im Durchschnitt bei 392 Euro je Einwohner stehen – ein leicht unter dem Durchschnitt liegendes Kreisumlageaufkommen auf. Demgegenüber lag der Soziale Zuschussbedarf mit 408 Euro je Einwohner über dem Landesdurchschnitt von 382 Euro je Einwohner.

#### Schule und Bildung (Folie Nr. 38)

Meine Damen und Herren, der Schwarzwald-Baar-Kreis hat in den zurückliegenden Jahren gewaltige finanzielle Aufwendungen für die Erweiterung, energetische Sanierung sowie Ausstattung der in seiner Trägerschaft liegenden Schulen und Einrichtungen vorgenommen. Allerdings besteht insbesondere im Bereich des vorbeugenden Brandschutzes noch Nachholbedarf, was leider die Brandverhütungsschauen der letzten Jahre gezeigt haben. Durch die bereits durchgeführten bzw. angekündigten Brandverhütungsschauen ist in den kommenden Jahren daher mit einer erheblichen Investitionssumme für diesen Bereich zu rechnen.

Im aktuellen Haushaltsentwurf ist für die Innensanierung der Gewerbeschule Villingen-Schwenningen eine vierte Baukostenrate von 1,1 Millionen Euro eingestellt. Weitere 1,1 Millionen Euro entfallen auf Brandschutzmaßnahmen an der Gewerbeschule Donaueschingen sowie den Kaufmännischen und Hauswirtschaftlichen Schulen Donaueschingen. Für die Fassadensanierung an der Landesberufsschule in Villingen haben wir 800.000 Euro veranschlagt.

Wie bereits ausgeführt, soll der Einstieg der Kreisschulen in das Thema Industrie 4.0 an der Gewerbeschule Villingen-Schwenningen und dem Technischen Gymnasium in Schwenningen erfolgen. Hierfür ist ein Nettobetrag von 625.000 Euro im Haushalt enthalten.

Öffentlicher Personennahverkehr (Folie Nr. 39)

Wegen der Schülerverkehre ist unser ÖPNV eng mit dem Schulbereich verknüpft. Dank des enormen Engagements des Landkreises in den vergangenen Jahren haben wir hier wirklich ein gutes Angebot.

Der Ringzug ist zweifelsfrei das Herzstück unseres integrierten Bahn-Bus-Systems und auch wirtschaftlich ein Erfolg. Bei Einnahmen von knapp über 3 Millionen Euro und Ausgaben von rund 2,7 Millionen Euro rechnen wir mit einem Überschuss von über 300.000 Euro. Mit diesem Betrag müssen aber zwingend die ergänzenden Buskonzepte finanziert werden, ohne die ein funktionierendes Ringzugsystem gar nicht betrieben werden kann.

Im Bereich der Schülerbeförderung wird es einen Ausgabenanstieg aufgrund einer höheren Zahl von zu befördernden Schülern und wegen der zu erwartenden Tarif- und Vergütungserhöhungen geben. Dieser Anstieg kann durch Mehreinnahmen bei den Eigenanteilen und den höheren Landeszuweisungen leider nicht komplett kompensiert werden.

Die Zuschüsse des Landkreises für Maßnahmen des ÖPNV und damit auch die freiwilligen Leistungen steigen um knapp 47.000 Euro auf 1,4 Millionen Euro an. Schwerpunktmäßig ist dies auf den weiteren Ausbau der ergänzenden Bus- und Verkehrskonzepte zurückzuführen.

#### Kreisstraßenausbau (Folie Nr. 40)

Meine Damen und Herren, neben einer guten Schieneninfrastruktur gehören intakte Straßen zu den Lebensadern unseres Landkreises. Insgesamt haben wir 688 km Straßen zu unterhalten, davon tragen wir für 308 km Kreisstraßen die Baulast. Netto sind 2 Millionen Euro notwendig, um unser Erhaltungsprogramm abzarbeiten. Für den schrittweisen Ausbau unseres Radverkehrsnetzes wollen wir Mittel in Höhe von 192.000 Euro bereitstellen. Um das Radwegenetz optimal zugänglich zu machen, sollen zudem weitere 150.000 Euro in die Komplettierung der Beschilderung im gesamten Landkreis investiert werden.

#### Freiwillige Leistungen (Folie Nr. 41)

Regelmäßig stehen bei den Haushaltsplanberatungen die sogenannten freiwilligen Leistungen im Mittelpunkt der Debatte. Denn diese beinhalten einen wesentlichen Teil der Gestaltungsmöglichkeiten des Landkreises.

Gegenüber dem Vorjahr haben wir eine Zunahme um rund 615.000 Euro auf insgesamt 4,84 Millionen Euro zu verzeichnen. Im Wesentlichen trägt hierzu der Ausbau der Schulsozialarbeit an unseren Beruflichen Schulen (und dort insbesondere in den sogenannten VABO-Klassen, was also auch eine direkte Folge des Flüchtlingszustroms ist) bei.

#### Allgemeine Finanzwirtschaft

Lassen Sie mich bitte nun zur allgemeinen Finanzwirtschaft kommen: Neben der Kreisumlage hat der Landkreis nur wenige andere Finanzierungsbausteine seines Haushalts.

#### Grunderwerbsteuer (Folie Nr. 42)

Die einzige Steuerquelle des Landkreises von Gewicht ist die Grunderwerbsteuer, die sich in den vergangenen Jahren auf einem Niveau zwischen 6,9 und 7,4 Millionen Euro eingependelt hat. Aufgrund der Politik des „billigen Geldes“ der Europäischen Zentralbank ist der Trend zur Immobilie nach wie vor ungebrochen. Deshalb gehen wir – Stand heute – zum Jahresende 2015 sogar von einem Ergebnis von 7,7 Millionen Euro aus. Im Jahr 2016 rechnen wir mit 7 Millionen Euro Einnahmen aus der Grunderwerbsteuer.

#### Schlüsselzuweisungen (Folie Nr. 43)

Die Schlüsselzuweisungen, über die der Landkreis an der Einkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteuer partizipiert, fallen für 2016 auf der Basis der Mai-Steuerschätzung mit 27,83 Millionen Euro um 811.000 Euro höher aus als im Vorjahr. Hier lässt sich die weiterhin positive Entwicklung der Steuereinnahmen ablesen.

Schluss (Folie Nr. 44)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit dem Haushaltsentwurf 2016 behalten wir den Schuldenabbau unseres Kreishaushalts konsequent im Visier und können damit unsere finanzielle Gesamtsituation weiter konsolidieren. Auch wenn im kommenden Jahr sicher die Arbeit rund um und mit den Flüchtlingen im Vordergrund stehen und diese uns auch weiter ganz erheblich fordern wird, wollen wir doch notwendige Investitionen zur Stärkung der Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit unseres Landkreises tätigen. Ich denke, dass uns dieser Mix mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf für das Jahr 2016 ganz gut gelungen ist.

Ich bedanke mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Landratsamt für die Planaufstellung und hierbei insbesondere bei der Kämmerei und dem Amtsleiter Herrn Leiß. Auch danke ich dem zuständigen Dezernenten, Herrn Schmid, für seine wertvolle Arbeit und Frau Kleiser für die Erstellung der Präsentation sowie Frau Diffring für die Unterstützung hier am Computer.

(Folie Nr. 45) Sie wissen, dass heute eine Beratung und Aussprache zum Haushaltsentwurf nicht vorgesehen ist, sondern wie in den vergangenen Jahren auch in den Ausschüssen in den kommenden Wochen. Die Verabschiedung des Haushalts steht dann in unserer Weihnachtssitzung am 14. Dezember an.

Haben Sie vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!